

Ausblick

Die Stimme des Volkes hat gesprochen! Nun haben die Politiker in Griechenland einen fast unerschöpflichen Spielraum um Forderungen auszusprechen, völlig losgelöst von realen oder realistischen Möglichkeiten.

Wir sind schon sehr gespannt, wie das angekündigte Referendum in Großbritannien im Jahr 2016 oder 2017 über den Verbleib Großbritanniens in der EU ausgehen wird.

Europa

Tatsächlich spricht die weiter verbesserte Wirtschaftslage in Europa gegen eine deflationäre Entwicklung; vielmehr erscheint eine allmähliche Rückkehr der Inflation und damit auch wieder steigende Zinsen möglich.

Besonders Frankreich und Spanien konnten endlich höheres Wirtschaftswachstum melden.

Die in den Vorjahren weit aufgegangene Konjunktur-Schere zwischen den USA und Europa hat offenbar begonnen sich zu schließen. Damit wird deutlich, dass Europa als Investitionsraum wieder interessanter wird.

Eine besondere Überraschung zeigte die Entwicklung des Wechselkurses zwischen Euro und dem US-Dollar.

Als die Konjunkturdaten, schwächer als erwartet, aus den USA herauskamen, sprang der Euro von rund 1,05 auf zeitweilig über 1,14 Dollar, nachdem die amerikanische Währung zunächst von der Erwartung einer Leitzinserhöhung durch die US-Notenbank im Sommer dieses Jahres profitiert hatte. Viele Fachleute hatten ja schon ein Wechselkursverhältnis von 1:1 vorhergesagt... Zur Jahresmitte kostete ein Euro 1,114 US-Dollar, 3,7 Prozent mehr als drei Monate zuvor. Bei Jahresbeginn hatte der Euro aber noch bei 1,21 Dollar gelegen.

Auf die Kursteigerungen in den ersten Monaten dieses Jahres erfolgte dann im April die Kurskorrektur.

Eine "Absturzversicherung" hatten wir exakt in unserer Kundeninfo im April angesprochen. ;-)

Wie sind die Aussichten?

Zuerst möchten wir eine Einschätzung zur anstehenden Zinserhöhung in den USA geben. Da der von einem massiven Konsum aufgebaute Konjunkturaufschwung auch in den USA langsam an Fahrt verliert, halten wir eine vorzeitige Zinserhöhung für wenig wahrscheinlich. Der Konsum wurde massiv auf Pump finanziert und entgegen der allgemeinen Meinung entlastet ein niedriger Ölpreis keinesfalls den US-Bürger. Im Gegenteil, wer die Investitionstätigkeit der amerikanischen Wirtschaft betrachtet, stellt schnell fest, dass sich die Ölindustrie in den letzten Jahren zu einem der größten Investoren gemausert hatte.

Neben den umfangreichen Investitionen in den Ausbau und die Ausrüstung der unmittelbaren Ölförderungen, kamen auch begleitende Ausgaben für Wohnungen, die Einrichtungen dieser Wohnungen, Straßen, Maschinen usw. dazu. Die Beschäftigten haben bestens verdient und auch entsprechend konsumiert. Die Gewinnentwicklung der Unternehmen aus dem Bereich der Dienstleistungen und Technologie-Lösungen für die Ölindustrie haben in den letzten Jahren ordentliche Gewinn- und Umsatzzuwächse gehabt. Leider steigt beides in der letzten Zeit eher verhalten. Neben anderen Faktoren gehen wir daher von einer, beruhend auf wirtschaftlichen Daten, Zinserhöhung nicht so schnell aus. Sollte sich diese Meinung im Markt festigen, wäre ein weiterer Kursanstieg an den Börsen sehr wahrscheinlich.

Die Droge des billigen Notenbankgeldes ist nicht mehr wegzudenken.

Mit der Entscheidung in Griechenland ist das Tor für umfangreiche Forderungen weit aufgerissen. Ein Umstand, welchen andere "Problemkinder" in der Eurozone nun sehr genau verfolgen werden. Warum selbst sparen, wenn anderen die Schulden erlassen werden? Und genau dieses ist der Dreh- und Angelpunkt: Ohne einen massiven Schuldenschnitt sind viele Länder nicht zu sanieren.

Viele Staaten haben gespart, Ausgaben und staatliche Leistungen gekürzt, die Steuern erhöht und der Bevölkerung einiges abverlangt. Nun stehen wir in Europa am Scheideweg. Je nachdem welche Richtung mit Griechenland eingeschlagen wird, dieses könnte als Blaupause für andere Staaten gelten.

Sollte es zu einem Schuldenschnitt kommen, könnten die Parteien in anderen Ländern vergleichbare Maßnahmen fordern.

Es genügt eine einfache Tabelle um die langfristige Tragfähigkeit von Staatsschulden auszurechnen. Nach Einschätzung von Experten ist langfristig nur ein Schuldenstand von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts tragbar.

Wie sieht es in Spanien, Italien und auch Frankreich aus? Diese Staaten haben innenpolitische Probleme die aktuelle Sparpolitik ihrer Bevölkerung zu erklären.

Am Jahresende sind in **Spanien** Parlamentswahlen. Der aktuelle Schuldenstand dort beträgt rund eine Billionen Euro. Bei einem fast ebenso hohen Bruttoinlandsprodukt stünde hier ein Schuldenerlass von 400 Mrd. Euro im Raum.

Italien hat seine Staatsschulden auf zuletzt 2,13 Billionen Euro getrieben. Dieses liegt bei weit über 100% der jährlichen Wirtschaftsleistung. Auch hier fordern aufstrebende Parteien einen Schuldenschnitt. Bei einer Schuldenquote von 60 % läge diese Summe bei über 1 Billion Euro !!

Frankreich gehört zu den Kernländern Europas und genau dieses macht das Problem noch wesentlich größer als die nackten Zahlen. Auch hier stehen die Schulden bei ca. 2,04 Billionen Euro. Ein Schuldenschnitt, den Frankreich fordern könnte und der einer „Grande Nation“ angemessen wäre, läge dann bei 750 Mrd. Euro...., die man(n) an Schulden erlassen müsste.

Aber der psychologische Faktor wäre viel schlimmer, wenn selbst Frankreich einen Schuldenschnitt wünscht oder benötigen würde....

Aber denken wir mal an die Zeit danach. Die Schuldenstände haben sich reduziert (durch Zauberhand, Herrn Draghi o.ä.) und damit einhergehend auch die Belastungen für den Bürger. Vielleicht feiern wir dann alle die "Neue Zeit" und konsumieren wie amerikanischen Verbraucher?

Die Unternehmen würde es freuen, denn diese verdienen dann prächtig. Doch bis es soweit sein wird, haben wir noch einiges an Schwankungen am Aktienmarkt vor uns. Ein bisschen Pulver trocken zu halten wird nicht verkehrt sein, um auch mal wieder günstiger an den Aktienbörsen einzusteigen.

Notizen:

Anmerkung in eigener Sache

Ein Auszug der Fonds aus der Vermögensverwaltung und die Fondsnews werden auf unserer neuen Homepage erscheinen. Eine Info dazu erfolgt nach Fertigstellung der Homepage.

Zu allen im **Rundschreiben** enthaltenen Artikeln bieten wir Informationen an. Die Informationen stellen keine Aufforderung zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren dar. Nutzen Sie die Gelegenheit und vereinbaren Sie einen Gesprächstermin.

Impressum: Diese Informationen werden von der Schöber Fondsvermittlung, Begastr. 11a, 32108 Bad Salzufen, Fon: 05222-977585, Fax: 05222-797446, Homepage: www.schoeber-fondsvermittlung.de herausgegeben. Diese Informationen sind eine kostenlose Serviceleistung für Kunden und Interessenten.

Wichtiger Hinweis: Wir weisen Sie daraufhin, dass es sich bei dieser Darstellung um Werbung i.S. d. § 31 Abs. 2 S. 2 WpHG handelt. Die bereitgestellten Inhalte dienen lediglich der allgemeinen Information und stellen keine Beratung durch uns oder eine Aufforderung zum Kauf oder Verkauf von Fonds dar. Sie sollen Ihre selbständige Entscheidung erleichtern, können aber nicht die individuelle Beratung ersetzen. Bevor Sie von den Inhalten Gebrauch machen, sollten Sie eingehend prüfen, ob die Informationen für Ihre Zwecke geeignet und mit Ihren individuellen Zielen vereinbar sind. Alleinige Grundlage für den Anteilerwerb sind die Verkaufsunterlagen zu den Sondervermögen. Verkaufsunterlagen zu allen Sondervermögen sind kostenlos bei der jeweiligen Kapitalverwaltungsgesellschaft oder bei der zuständigen Depotbank erhältlich. Wertentwicklungen nach BVI-Methode, d.h. ohne Berücksichtigung des Ausgabeaufschlags. Gebühren, Transaktionskosten, Provisionen und Steuern sind in der Darstellung nicht berücksichtigt und würden sich bei Berücksichtigung negativ auf die Wertentwicklung auswirken. Wertentwicklungen der Vergangenheit sind kein Indikator für die zukünftige Wertentwicklung der Anlage. Die steuerliche Behandlung hängt von den persönlichen Verhältnissen des Erwerbers ab und kann künftigen Änderungen unterworfen sein.

Indirekte sowie direkte Regressansprüche müssen trotz akkuratem Research und Sorgfaltspflicht kategorisch ausgeschlossen werden. Insbesondere gilt dies für Leser, die unsere Depots nachbilden. So stellen die Musterdepots in keiner Weise einen Aufruf zur individuellen oder allgemeinen Nachbildung dar. Diese Kundeninfo darf keinesfalls als persönliche oder auch allgemeine Beratung aufgefasst werden, da wir mittels veröffentlichter Inhalte lediglich unsere subjektive Meinung reflektieren. Wir beziehen Informationen aus Quellen, die wir als vertrauenswürdig erachten. Eine Gewähr hinsichtlich Qualität und Wahrheitsgehalt dieser Informationen muss dennoch kategorisch ausgeschlossen werden. Leser, die nur aufgrund der in diesen Kundeninfos veröffentlichten Inhalte Anlageentscheidungen treffen bzw. Transaktionen durchführen, handeln vollständig auf eigene Gefahr. Die in unseren Newslettern oder anderweitigen damit im Zusammenhang stehenden Informationen begründen somit keinerlei Haftungsobligo. Ausdrücklich weisen wir auf die im Wertpapiergeschäft immer vorhandenen Risiken hin. Aktieninvestitionen sowie auch Anlagen in Investmentfonds beinhalten das Risiko von Wertverlusten. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung.

Haftungshinweis: Die Anlageberatung nach § 1 Abs. 1a Nr. 1 a KWG und die Anlagevermittlung nach § 1 Abs. 1a Nr. 1 KWG erfolgen im Auftrag, im Namen, für Rechnung und unter der Haftung des dafür verantwortlichen Haftungsträgers BN & Partners Capital AG, Steinstraße 33, 50374 Erfstadt, nach § 2 Abs. 10 KWG. Die BN & Partners Capital AG verfügt über entsprechende Erlaubnisse der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) gemäß § 32 KWG.